M2.3 DER MÄRZ 1848 IN DETMOLD

Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Revolutionäre Ideen und Forderungen gingen nicht am Fürstentum Lippe vorbei. Anfang März 1848 wurde auch in Detmold Kritik an der bestehenden Ordnung lauter. Bei einem Treffen des Detmolder Gewerbevereins am sechsten März wurden unter anderem die Pressezensur, die eingeschränkte Meinungsfreiheit und der Fakt, dass Lippe in der Frankfurter Bundesversammlung, dem Kongress des Deutschen Bundes, keinen eigenen Vertreter hatte, beklagt. Diese Umstände sah man als Grund für das wirtschaftliche Elend im Fürstentum. Während der Versammlung erging der Vorschlag, dem Fürsten einen Brief mit den Wünschen der Bürger vorzulegen. Einen Tag später verschriftlichten der Magistrat und die Stadtverordneten die Forderungen. Unter anderem wurden eine allgemeine Volksvertretung im Fürstentum, ein gesamtdeutsches Parlament und Pressefreiheit verlangt. Versammlungsfreiheit oder die Verbesserung der sozialen Lage waren nicht Teil des Briefes.

Der Brief wurde dem Fürsten am achten März überreicht, noch am selben Abend versprach der Regent, die Forderungen so schnell wie möglich zusammen mit den Landständen[1] zu beraten. Der Magistrat übte jedoch weiterhin Druck auf den Landesherrn aus. Mit dem Hinweis auf Unruhen in der Bevölkerung, die womöglich außer Kontrolle geraten könnten, wiederholten die Abgeordneten ihre Forderungen in einer zweiten Petition. Sie baten den Fürsten, diejenigen Forderungen, für die er die Zustimmung der Landstände nicht brauchte, bereits zu erfüllen. Am neunten März stimmte der Fürst zu. Seine Antwort wurde mit einer Auflage von etwa 5.000 Flugblättern im Fürstentum verteilt. Daraufhin sagten die Bürger eine geplante Demonstration ab. Denn der Fürst habe sein Mögliches getan: Fortan waren Öffentlichkeit bei den Sitzungen der Landstände und Pressefreiheit gewährt. Auch die politischen Rechte der Landstände wurden gestärkt. Die Forderung nach einer allgemeinen Volksvertretung in Lippe blieb jedoch offen.

Trotz der fürstlichen Zusagen kehrte keine Ruhe ein. Mittlerweile hatte sich die Nachricht über die Zugeständnisse des Fürsten in Lippe verbreitet, sodass immer mehr Bürger*innen aktiv wurden. Sie betonten Forderung nach einer allgemeinen Volksvertretung. Auch Versammlungsfreiheit wurde verlangt. Die Blomberger Handwerkerschaft verfasste gar ein 32-

[1] Die lippischen Landstände waren die Vertreter der Stände im Land. Sie kamen auf Landtagen zusammen. In Lippe waren das Gutsbesitzer und die obersten Bürger der Städte. Sie berieten unter anderem, welche Steuern erhoben wurden. In den meisten Sachen dienten sie dem Fürsten nur als Berater. Bauern, Handwerker und Tagelöhner durften nicht teilnehmen.

pünktiges Programm, in dem sie sich vor allem für mehr Transparenz in der städtischen Politik einsetzte.

Als Reaktion auf die Ereignisse in Detmold und Lippe tagten die lippischen Landstände noch im März und am 25. März erstmals öffentlich in der ehemaligen Lutherkirche. Gegenstand der Beratungen des Landtags war die Umsetzung der fürstlichen Zugeständnisse und die Frage, ob Frauen und nicht nur Männer als Zuschauer*innen zu den jetzt öffentlichen Sitzungen des Landtags zugelassen werden sollten.

Text nach: Tegtmeier-Breit, Annegret: Unser aller Wünsche sind erfüllt. Die Märzereignisse in der Residenzstadt. In: Pilzer u. Tegtmeier-Breit (Hrsg.): Lippe 1848. Von der demokratischen Manier eine Bittschrift zu überreichen. Detmold, 1998. S. 118-130.